

America Alert
**Informationsservice des Washingtoner
Büros der FES**

Ausgabe 18/2003 – 8. September 2003

Die amerikanische Politik im Schatten der Präsidentschaftswahlen 2004

Der Irak-Krieg wird zum Dilemma für George W. Bush.

Die Demokraten auf der Suche nach einem neuen Hoffnungsträger.

George W. Bush hat sich nach Beendigung des Irak-Feldzuges den Kampf um seine Wiederwahl sicher leichter vorgestellt. Gestern abend, am Sonntag, den 7. September, musste er zugeben, dass Amerika eine schwierige Zeit bevorsteht. Der Krieg fordert große Opfer nicht nur tagtäglich an Menschenleben, sondern vor allem finanzielle Opfer. In seiner Rede an die Nation am Sonntagabend veranschlagte der Präsident die Kosten für den Wiederaufbau des Irak auf 87 Milliarden Dollar, doppelt so viel wie bisher angenommen (vollständiger Redetext: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/09/20030907-1.html>). Das ist, gemessen an den geringen Kosten für den Golfkrieg 1991, den ganz überwiegend andere Staaten finanziert haben, eine gewaltige Summe. Der Präsident geht jetzt mit einer Bürde in den Wahlkampf, denn auch in Umfragen zeigt sich der zunehmende Unmut mit **George W. Bush** und den Republikanern im Bereich der Sicherheitspolitik. Zwar werden ihnen hier noch Kompetenzwerte um die 60 Prozent zugesprochen, aber diese Zahlen bröckeln. Immer mehr Befragte werfen der **Bush-Administration** vor, die falschen Prioritäten zu setzen, im Hinblick auf die Massenvernichtungswaffen nicht die Wahrheit gesagt zu haben und wichtige Bereiche der Sicherheitspolitik zu vernachlässigen. Gleichzeitig traut man den Demokraten zunehmend sicherheitspolitische Kompetenz zu.

Labor Day des Jahres vor dem Wahljahr ist traditionell der Auftakt für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen. Viel war in diesem Jahr von dieser Tradition nicht zu spüren, denn der Wahlkampf hat längst begonnen. Er läuft schon seit gut einem Jahr und zwar sowohl auf Republikanischer als auch auf Demokratischer Seite. Präsident **Bush** eröffnete den Wahlkampf praktisch mit der Einstellung des militärischen Feldzuges im Irak. Die Bilder von seiner wahlwirksam inszenierten Landung auf der *USS Lincoln* sind noch in guter Erinnerung und in der harten Phase des Wahlkampfes wird man sie noch häufiger sehen, um der amerikanischen Öffentlichkeit deutlich zu machen, dass es nicht nur um Präsidentschaftswahlen geht, sondern um die Bestätigung des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in seinem Amt.

Die Demokraten werden es schwer haben, im November 2004 eine wirksame Gegenstrategie und

vor allem einen wettbewerbsfähigen Kandidaten ins Feld zu führen, um was jetzt wenige für möglich halten doch Wirklichkeit werden zu lassen: den Amtswechsel schon nach vier Jahren Präsidentschaft von **George W. Bush**.

Gelänge dies, würde es **George W. Bush** wie seinem Vater gehen, der nach dem gewonnenen Golf-Krieg den Sieg schon sicher in der Tasche glaubte, dann stolperte und an **Bill Clintons** genialer Wahlkampfstrategie *"It's the Economy, Stupid!"* scheiterte. Auszuschließen ist ein solches Szenario nicht. Bis November 2004 kann noch viel passieren.

Der Irak-Krieg wird inzwischen zu einer schweren Belastung auf politischer und wirtschaftlicher Ebene. Vier Milliarden Dollar pro Monat kostet allein der amerikanische militärische Einsatz im Irak. Er bindet noch immer 150.000 Streitkräfte, vermutlich noch für längere Zeit. Eine einfache Faustregel besagt, dass man für die Aufrechterhaltung eines solchen Engagements etwa das Vierfache der eingesetzten Streitkräfte benötigt. Das heisst, fast die Hälfte der amerikanischen Truppen insgesamt ist durch den Irak-Krieg gebunden. Verschärft sich die Lage im Irak, werden mehr US-Truppen erforderlich sein, vor allem wenn die UN nicht stärker in die Befriedung des Irak eingebunden wird. Die hohen Verteidigungsausgaben haben das Budgetdefizit hochgetrieben: Es bewegt sich auf bisher unbekannte Höhen zu: 500 Milliarden Dollar. Die Folge könnte eine Drosselung des amerikanischen Wirtschaftswachstums sein.

Amerika ist auf dem besten Wege, mit diesem risikoreichen Unterfangen im Irak, aber auch im Nahen Osten, Frieden und Sicherheit zu verspielen. Schon jetzt sind mehr amerikanische Soldaten nach offiziellem Ende der Kampfhandlungen umgekommen als während der militärischen Operation. Nicht nur sind die amerikanischen und britischen Streitkräfte – und in erheblichem Maße auch die Streitkräfte der Koalition der Willigen, Polen zum Beispiel – de facto einem Guerilla-Krieg ausgesetzt. Was die Sowjetunion in Afghanistan erfuhr, Angriffsziel und Kristallisationspunkt für den schwächeren Gegner und damit langfristig gezwungen zu sein, einen Gewaltfrieden durchzusetzen, steht jetzt auch den Vereinigten Staaten bevor, wenn es **nicht** gelingt, die Natur und die Dynamik der inner-irakischen Konfliktsituation entscheidend zu verändern.

Wie aber können die Vereinigten Staaten den Charakter ihrer Streitkräfte als Besatzungsmacht und nicht als Befreiungsmacht verändern? Die gegenwärtige Debatte in der UN über eine Internationalisierung der Stabilisierung des Irak lässt alte Bruchlinien in der amerikanischen Administration zwischen Verteidigungsministerium und *State Department* wieder aufleben. **Donald Rumsfeld** setzt noch immer alles daran, sein Konzept der **Internationalisierung** – die Koalition der Willigen – gegen den Versuch einer Übernahme der Verantwortung für Stabilität und Sicherheit im Irak durch die UNO zu verteidigen.

Spätestens seit dem Anschlag auf die UN-Niederlassung in Bagdad ist deutlich geworden, dass eine Transformation der Natur des inner-irakischen Konfliktes durch eine simple Veränderung der Trägerschaft der Verantwortung nicht zu erreichen ist. Wenn statt US-Soldaten und britischen Streitkräften UN-Soldaten getötet werden, bleibt der Kern der Auseinandersetzung bestehen. Es wird hier eine sehr sorgsame und ausgewogene **Multilateralisierung** notwendig sein, um Erfolg zu haben. Vor allem müsste eine größere Beteiligung arabischer und islamischer Staaten am wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau möglich gemacht werden.

Die Demokraten sehen jetzt durchaus Möglichkeiten, das offenkundige Versagen der **Bush-Administration** den Frieden im Irak zu gewinnen, zur Entwicklung einer außenpolitischen Alternative zu nutzen und dabei an eine ältere, auch Demokratische pro-UN- und pro-Nato-Grundstimmung (**Roosevelt, Truman**) anzuknüpfen.

Aber das Irak-Thema wird ein zweischneidiges Schwert für die Demokraten bleiben. Die Partei ist in der Frage der Befürwortung des Krieges gespalten: **Joe Lieberman, Dick Gephardt, John Kerry** und **John Edwards** sind – **Lieberman** etwas stärker als die drei anderen – Befürworter des Krieges. **Howard Dean, Bob Graham, Carol Mosely Brown, Al Sharpton** und **Dennis Kucinich** haben sehr nachdrücklich gegen den Krieg argumentiert. **Howard Dean** hat mit seinen scharfen Attacken auf **George W. Bush** und die gesamte Kriegsführung der **Bush-Administration** die Parteibasis für sich gewonnen. **Dean** führt mit dieser Strategie jetzt die Liste der finanziell gut ausgestatteten Demokratischen Kandidaten an und kann sich schon jetzt einen mutigen, aggressiven Wahlkampf gegen **George W. Bush** leisten. Seine Fernseh-Anzeigenkampagne reicht schon jetzt bis nach Texas, d.h. **Dean**, der aus Vermont stammt und dort als ehemaliger Gouverneur eine sichere Basis hat, sucht sehr frühzeitig eine nationale Plattform. Er will sich nicht nur auf die Nachbarstaaten stützen, vor allem New Hampshire, wo Ende Januar 2004 die ersten *Primaries* stattfinden.

Dean führt bei Umfragen in New Hampshire mit großem Vorsprung: Er liegt aber auch in Iowa vorne, wo noch vor den ersten *Primaries* (allgemeine und direkte Wahl aller Delegierten zum

Demokratischen Parteitag für einen Kandidaten) eine sogenannte *Caucus*-Wahl stattfindet (eine innerparteiliche Delegierten-Wahl, bei der die jeweiligen Kandidaten eine unterschiedliche Anzahl von Delegiertenstimmen auf sich vereinigen können). Eine alte amerikanische Faustregel ist, dass der Gewinner von New Hampshire mit einem Bonus in die weiteren *Primaries* gehen kann. Viele sind der Auffassung, dass **Howard Dean**, wenn er Iowa und New Hampshire für sich entscheiden kann, nicht mehr zu stoppen ist und zu einem "Durchmarsch" zur Kandidatur in der Lage ist.

In New Hampshire wird sich vermutlich die Frage entscheiden, ob **John Kerry** sich noch Hoffnungen auf die Kandidatur machen kann oder nicht. **Kerry** hat von allen neun bisherigen Kandidaten der Demokraten sicher als langjähriger Senator aus Massachusetts die größte politische Erfahrung und in erheblichem Maß präsidentielle Statur. Man kann ihm das Amt zutrauen, was in diesem Umfang sicher nicht für **Howard Dean** gilt, dessen politische Erfahrungen aus einem der kleinsten und untypischsten Staaten der USA stammen. Dean ist aber nicht der radikale Linke als den ihn **Karl Rove** und die Republikanische Partei gerne abstempeln, um sich damit einen Wunschkandidaten zurechtzuzimmern. **Dean** stammt aus der ehrwürdigen Bankiersfamilie **Dean**, die die Investitionsanlagegesellschaft und Beratungsfirma *Dean Witter* mitgegründet hat. Er ist sehr betucht und wuchs praktisch abwechselnd in der Park Avenue in New York, wo er sein "Apartment" hat und einem Landsitz auf Long Island auf. Von Hause aus Arzt, hat er aber nie Wall Street und die Wirtschaftspolitik aus den Augen verloren. In Vermont hat er sich als fiskalisch konservativer Demokratischer Gouverneur aus der Schule von **Bill Clinton** einen Namen gemacht. Dessen Wirtschaftspolitik hält er noch immer für vorbildlich.

Joe Lieberman hat noch immer den größten Bekanntheitsgrad aller demokratischen Kandidaten (23 Prozent), aber angesichts der Tatsache, dass zwei Drittel der amerikanischen Bevölkerung nicht einen einzigen Namen der neun Demokratischen Präsidentschaftskandidaten kennen, will das nicht viel besagen.

Die Demokraten müssen also noch gewaltig aufholen. Wer aber hat wirklich die Statur und das Zeug dazu, **George W. Bush** zu schlagen? Die Kandidatur von **Dick Gephardt** dümpelt mehr oder weniger vor sich hin. **Gephardt** ist der Kandidat der amerikanischen Gewerkschaften und erhält dort – beim AFL-CIO wie auch bei den Einzelgewerkschaften – viel, vor allem finanzielle Unterstützung. Er hat es 1988 schon einmal probiert ohne durchschlagenden Erfolg und er wird wohl auch diesmal ein ähnliches Schicksal erleiden.

Joe Lieberman schwimmt in vieler Hinsicht noch immer auf der Welle seines Bekanntheitsgrades als Vizepräsidentschaftskandidat von **Al Gore**. Auf sich alleine gestellt, wirkt seine Kandidatur jedoch konservativ und wie eine **Bush**-Kopie. Die Demokratische Partei wird ihm auf diesem Kurs – nicht zuletzt auch wegen der unkritischen Unterstützung des Irak-Kriegs – nicht folgen.

Bleibt als potentieller Träger einer Mehrheit in der Demokratischen Partei praktisch nur noch ein eher unerfahrener, aber äußerst talentierter Kandidat, der sich gerne als eine Mischung aus **Robert Kennedy** und **Bill Clinton** ausgibt: **John Edwards**, Senator des Staates North Carolina, allerdings mit nur einer Periode Amtserfahrung im US-Senat. Obwohl offensichtlich mit einer großen Begabung ausgestattet und mit seiner Strategie und Taktik **Jimmy Carter** nicht unähnlich, wird seine Rechnung vermutlich nicht aufgehen, sich mit seiner Kandidatur auf den amerikanischen Süden zu verlassen. Gewiss, die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung ist im amerikanischen Süd-Westen beheimatet, aber zum Gewinn von *Primaries* braucht es eine breitere und stärkere Präsenz als sie **Edwards** zur Zeit aufzuweisen hat. Seine gemäßigten Positionen helfen ihm zur Zeit bei der Parteibasis wenig. **Edwards** wird wahrscheinlich eher als Vizepräsidentschaftskandidat einzuordnen sein. Er muss 2004 auch Senatswahlen in North Carolina durchstehen und wird schlecht zur gleichen Zeit auf zwei Pferden reiten können. Edwards wird also seinen Senatssitz aufgeben müssen, um ein ernstzunehmender Kandidat zu bleiben.

Bob Graham, Senator aus Florida und ehemaliger Gouverneur, hat wenig Aussichten auf eine erfolgreiche Kandidatur. Er wirkt alt und ein wenig erschöpft von seiner Herzoperation. Er wie auch **Dennis Kucinich**, **Carol Mosely Brown** und **Al Sharpton** werden wohl schon bald nach Beginn der *Primaries* aufgeben müssen, weil ihnen die finanziellen Grundlagen und politischen Ressourcen fehlen, um den ganzen *Primaries*-Prozess zu überstehen.

Wegen des geringen Bekanntheitsgrades der jetzigen Präsidentschaftskandidaten wird immer wieder der Name von **Hillary Clinton** ins Spiel gebracht, die, sollte sie kandidieren, sicher die Herzen der Mitglieder der Demokratischen Partei erobern könnte. Zuletzt wurde ihr Name von **Mario Cuomo** ins Spiel gebracht, der vor nicht allzu langer Zeit angesichts des personellen Dilemmas der Demokratischen Partei nach **Al Gore** rief, obwohl dieser sich schon seit einiger Zeit dazu entschlossen hatte, nicht noch einmal gegen **George W. Bush** anzutreten. Er würde dann vermutlich wirklich verlieren, und das kann er nicht wollen.

Viele Beobachter sehen das Dilemma der Demokratischen Partei in dem Mangel an sicherheitspolitischer und militärischer Führungskraft des bisherigen Personalangebots. In diese Lücke ist der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber **Wesley Clark** gestoßen und versucht, für seine Kandidatur öffentliche Unterstützung zu finden, bisher ohne durchschlagenden Erfolg. Unter taktischen Gesichtspunkten könnte man sich **Clark** ganz gut als einen potentiellen Vizepräsidenten für einen Kandidaten ohne eigene militärische Erfahrung vorstellen. Aber als Präsident? Dafür fehlt ihm doch Einiges, vor allem der Rückhalt in der Demokratischen Partei.

Ein Demokratischer Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2004 ist nicht völlig auszuschließen. Präsident **Bush** ist durchaus verwundbar, vor allem im Hinblick auf die amerikanische Wirtschaft, insbesondere den Arbeitsmarkt. 2.7 Millionen Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft sind seit Amtsantritt von **George W. Bush** verlorengegangen. Dieser Zahl haftet fast etwas von der Größenordnung der *Great Depression* an, aber eine gezielte Strategie der Demokraten in Richtung auf die Antizipation einer schweren wirtschaftlichen Krise wäre äußerst gefährlich, vor allem wenn das vorausgesagte dramatische Ausmaß ausbleiben sollte.

Gewiss, der Krieg, eine unverantwortliche Steuerpolitik und ein Haushaltsdefizit das schon im nächsten Haushaltsjahr ein Defizit von rund einer halben Billion Dollar (480 Milliarden nach jetziger Schätzung des *Congressional Budget Office*) ausmachen dürfte, werden sich wie Blei auf die amerikanische Volkswirtschaft auswirken. Das Zinsniveau wird wohl zwangsläufig steigen und ein jetzt sichtbares leichtes Wirtschafts- und Produktivitätswachstum könnte bis zum Wahltag wieder zunichte gemacht sein und möglicherweise einer Rezession Platz machen.

Eine Gewinnerstrategie lässt sich damit nur schlecht aufbauen. Es könnte auch anders kommen und Schulden wirken sich nur sehr langsam und langfristig negativ auf das Wahlverhalten aus. Die Demokraten brauchen deshalb auch positive politische und kulturelle Ansatzpunkte, um sich als Alternative zu **George W. Bush** präsentieren zu können. Er und sein Wahlkampfstrategie **Karl Rove** dürfen nicht unterschätzt werden. Gewiss brauchen die Demokraten eine aggressive Strategie und einen guten Ansatzpunkt zur Kritik der jetzigen Administration, aber ein Angriff auf **George W. Bush** ad personam wird nicht tragen.

Die Popularität des Präsidenten ist nach dem Krieg stark zurückgegangen. **George W. Bush** ist jetzt wieder bei Normalmaß angelangt, sein *approval rating* liegt jüngsten Umfrage zufolge nur noch bei 55 Prozent. *Middle America* steht aber noch immer hinter ihm. Beide Parteien werben um Minderheiten, insbesondere um die *Latinos*, deren Gewicht nach den *Recall Elections* in Kalifornien politisch und kulturell stark zunehmen dürfte. Eine überzeugende Minderheitenpolitik, eine Strategie zur Einbindung und Integration ethnischer Minderheiten könnte in der amerikanischen Gesellschaft, so wie sie jetzt zusammengesetzt ist, durchaus Wiederhall finden. Gegen den Krieg und gegen die Steuererhöhungen von **George W. Bush** zu sein, wird dagegen nicht als Gewinnerstrategie ausreichen. Ein wichtiges Thema werden auch die Länderfinanzen sein, denn die amerikanischen Einzelstaaten (z.B. Kalifornien) sind unter schwerstem finanziellen Druck. Hier Abhilfe zu suchen und zu schaffen, wäre auch unter Wahlkampfgesichtspunkten keine schlechte Strategie für die Demokraten.

Washington, 8. September 2003 (DD)

Dokumente:

Rede von Präsident Bush an die amerikanische Nation, Sonntag 7.9.2003:

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2003/09/20030907-1.html>

Attachment (pdf-Format):

David Kusnet, "Talking American," *The American Prospect*, September 2003, S. 22-25.

Democracy Corps-Analyse: "Passing the National Security Threshold. Seven Keys for Democrats on National Security as Bush Slide Continues"- Analyse einer Umfrage zum Thema National Security

http://www.democracycorps.com/reports/analyses/Passing_the_National_Security_Threshold.pdf

Umfrage:

http://www.democracycorps.com/reports/surveys/Democracy_Corps_National_Security_Poll.pdf